



Blatteljähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Absonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Sauerbrunngebühren für den Raum einer sechsstelligen Seite-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Serrenstraße Nr. 20. Außerdem übernahm die Postanstalt Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 320. Mittags-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 12. Juli 1878.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath v. Busse zu Guben den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreisgerichts-Rath Budow zu Belgig und dem Regierungs-Secretair a. D. Wiederhold zu Erfurt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreisgerichts-Rath Conzbruch zu Paderborn den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse; dem Porträt- und Historienmaler Freyberg zu Berlin den Königlich-Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Schmiedemann Edel zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath Theodor Creelb, Mehger zu Drulingen, im Bezirk Unter-Elb, zum Bürgermeister dieser Gemeinde ernannt.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Rath Jonas zu Münster zum Ober-Regierungs-Rath ernannt.

Der Referendar Dr. jur. Becker aus Düsseldorf ist zum Advocaten im Bezirk des Königlich-Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 11. Juli. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] hat, nachdem ihr der stenographische Bericht über die Verhandlungen des Ende April d. J. abgehaltenen Verbandstages der Frauen-Hilfs- und Pflegevereine Deutschlands überreicht worden, das nachfolgende Handschreiben erlassen, durch welches die Frauenvereine unter dem Rothen Kreuze Angehörigen der ersten Zeilage aufgefordert werden, zu einer möglichst umfassenden Erweiterung ihres Wirkungskreises die geeigneten Schritte zu thun:

„Der Mir überreichte Bericht über die Verhandlungen des II. Verbandstages deutscher Frauen-Hilfs- und Pflegevereine in Dresden gewährt Mir die Veranlassung nicht nur zum Ausdruck Meiner Dankbarkeit, sondern auch zur Darlegung Meiner Wünsche für ihr ferneres Gedeihen. Die schwere Prüfung, welche auf uns lastet, hat dem Vorstande des Verbandstages der deutschen Frauen-Vereine, des Vaterländischen Frauen-Vereins, sowie zahlreichen Landes- und Zweigvereinen nahe und fern, Veranlassung gegeben, sich Mir gegenüber in theilnehmender Weise zu äußern und ich fühle mich verpflichtet auszusprechen, wie tröstlich dem Kaiser jedes Zeichen dieser treuen Gesinnung gewesen ist. Wenn ich nun hierbei auch Meinen persönlichen Dank herzlich wiederhole, so kann ich nicht umhin, bei dieser Gelegenheit auch an die Frauen Deutschlands zu wenden, mit denen ich mich verbunden fühle, zum gemeinsamen Werke in Gegenwart und Zukunft. Die tiefe Bewegung, von welcher das deutsche Volk ergriffen ist, fordert uns auf, das uns angewiesene Gebiet, nämlich die Familie, die Erziehung, das häusliche Leben, die Ausübung der Barmherzigkeit in allen Kreisen der Nation mit dem Ernst zu pflegen, welcher den Gefahren entspricht. Ueber alle hemmenden Verschiedenheiten und Gegensätze hinweg, ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Gottesfurcht zu stärken, die sittlichen Grundlagen zu befestigen und allen Nothleidenden zu helfen. In der Gliederung der Frauenvereine erblicke ich ein geeignetes Mittel hierzu; ich wünsche, daß das Netz der Vereine sich fortwährend erweitere und daß seine Lücken mit Anspannung aller Kräfte ergänzt werden. Gewiß werden die Vereine mit der Mir bekannten Hingebung dieser Aufforderung entsprechen und unsere große nationale Arbeit mit Gottes Hilfe vollführen.“

Berlin, den 2. Juli 1878. August. In Folge dieses hochbedeutsamen Erlasses, schreibt der „N.-A.“, daß der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, um die der Allerhöchsten Initiative entsprechenden Maßregeln zu beschließen. Das Handschreiben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin wird sämtlichen Frauenvereinen Preußens und der übrigen deutschen Staaten in geeigneter Weise mitgeteilt werden. In den außerpreussischen Gebieten wird die Begründung neuer Vereine dem ständigen Ausschusse überlassen werden, der nach den Beschlüssen von Dresden als Central-Organ für die Leitung der Vereinsangelegenheiten zu fungiren hat, und dem auf diese Weise Gelegenheit gegeben wird, seine Thätigkeit mit einem höchst erfreulichen Acte zu beginnen. Was Preußen anbelangt, so beabsichtigt man, unter Mitwirkung geeigneter Persönlichkeiten, durch Anschreiben und Veröffentlichungen in denjenigen Bezirken, wo die Wirksamkeit der Vaterländischen Frauenvereine bisher noch keine Stätte gefunden hatte, neue Zweigvereine ins Leben zu rufen.

[Verordnung des Berliner Polizei-Präsidiums betreffs der Bspflichtigkeit.] Dasselbe verfügt nach Beratung mit dem Gemeindevorstande für den Polizeibezirk von Berlin Folgendes:

Für die Dauer der durch die Kaiserliche Verordnung vom 26. Juni d. J. (Reichsgesetzblatt S. 131) eingeführten Bspflichtigkeit der in der Stadt Berlin ankommenen Fremden und Neuanziehenden werden die Vorschriften der Polizeiverordnung über das Meldewesen in Berlin vom 18. Juni 1876 (Amtsblatt der Königlich-Preussischen Regierung zu Potsdam S. 279) dahin abgeändert: 1. Meldungen in Bezug auf Neuanziehende. Soweit die Vorschriften der §§ 4 bis 11 und 24 jener Verordnung sich auf die Meldung Neuanziehender beziehen, treten nachstehende Bestimmungen an deren Stelle. § 1. Jede von auswärts neu ankommende Person, welche hier Wohnung nimmt oder in einer Wohnung oder Schlafstelle aufgenommen wird, ist binnen 24 Stunden nach dem Bezüge der Wohnung oder nach der Aufnahme in die Wohnung oder Schlafstelle bei dem Polizei-Revier-Bureau, in dessen Bezirke die Wohnung oder Schlafstelle belegen ist, nach dem Muster II. der Polizei-Verordnung vom 18. Juni 1876 zu melden. § 2. Zur Meldung verpflichtet ist der Hauseigentümer bzw. der Hausverwalter. Er hat dabei den Paß oder die Papiere des Neuanziehenden mit vorzulegen oder anzuzeigen, daß derselbe solche Papiere nicht besitzt. § 3. Der Neuanziehende ist verpflichtet, dem Hauseigentümer bzw. dem Hausverwalter alle zur vorchriftsmäßigen Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen Angaben zu machen, demselben auch seinen Paß oder seine Papiere zur Vorlegung bei dem Polizei-Revierbureau zu übergeben. § 4. Neben der Meldung durch den Hauseigentümer bzw. den Hausverwalter hat der Neuanziehende sich selbst persönlich oder schriftlich binnen 3 Tagen nach dem Bezüge der Wohnung oder nach der Aufnahme in die Wohnung oder Schlafstelle bei dem Polizei-Revierbureau zu melden, über seine und seiner Angehörigen persönlichen und Militärverhältnisse Auskunft zu geben und im Falle des Anzuges aus einem anderen Gemeindebezirke des preussischen Staates ein Attest der Behörde des letzten Wohnortes über daselbst erfolgte Abmeldung bzw. über seine Steuerverhältnisse (Abzugs-Attest) zu überreichen.

1. Meldungen in Bezug auf Reisende. § 5. Zu melden ist nach Maßgabe der Vorschriften in den §§ 12 bis 18 der Polizei-Verordnung vom 18. Juni 1876 binnen der dort bestimmten Frist die Ankunft von Reisenden auch dann, wenn dieselben in einem Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisse zu demjenigen stehen, bei welchem sie abgestiegen sind. § 6. Gastwirthe, Inhaber von Hotelgarnis und andere Personen, sobald sie Reisende aufgenommen haben, sind verpflichtet, bei der von ihnen nach den §§ 12 bis 17 der Polizei-Verordnung vom 18. Juni 1876 innerhalb der dort bestimmten Frist zu erstellenden Meldung bei dem Polizei-Revierbureau den Paß oder die Papiere des Reisenden mit vorzulegen oder anzuzeigen, daß derselbe solche Papiere nicht besitzt. § 7. Der Reisende ist verpflichtet, dem Gastwirthe, Inhaber eines Hotelgarnis oder demjenigen, welcher ihn sonst aufgenommen hat, seinen Paß oder seine Papiere zur Vorlegung bei dem Polizei-Revierbureau zu übergeben. § 8. Uebertretungen dieser Polizeiverordnung unterliegen einer Geldstrafe von 5 bis 30 Mark.

© Berlin, 11. Juli. [Gesetzentwurf gegen die socialdemokratische Agitation. — Gesetze um Namensänderung. — Die egyptische Angelegenheit.] Der Gesetzentwurf gegen die staatsgefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, der, wie neu-

lich gemeldet, dem Staats-Ministerium vorgelegt worden, ist inzwischen Gegenstand kritischer Aeußerungen der einzelnen Ministerien gewesen und dürfte nach der Rückkehr des Vicepräsidenten des Staatsministeriums aus Wien, in einer oder mehreren Sitzungen des Staatsministeriums berathen werden. — Eine Anzahl von Trägern des Namens Nobiling, worunter Verwandte des Verbrechers, hat in Folge des Attentats vom 2. Juni an Allerhöchster Stelle das Gesuch um Genehmigung der Namens-Veränderung eingereicht. Man nimmt an, daß diese Erlaubnis erteilt wird. — In hiesigen diplomatischen Kreisen hat das englisch-türkische Abkommen wegen Abtretung Cyperns an England und Uebertragung einer Schutzherrschaft über Kleinasien auch neuerdings keinen Grund zu Besorgnissen wegen einer Verwicklung gegeben.

— Berlin, 11. Juli. [Vom Congresse. — Local-Commission für Durchführung der Congressbeschlüsse. — Ueberfiedelung des Kaisers.] Der Congreß trat heute Nachmittag 2 Uhr zur Sitzung zusammen. Eine Stunde vorher hatte die Redactions-Commission ihre Thätigkeit begonnen. Es waren lediglich die Resultate derselben, welche die heutige Congresssitzung beschäftigten. Ueberhaupt handelt es sich jetzt nur noch um formelle Feststellungen; der materielle Inhalt der Congressarbeiten ist abgewickelt. Als ganz hinfällig erweist sich die Angabe beabsichtigter oder gar erfolgter Einsprüche gegen die Protokolle; es waren solche Einwendungen namentlich von den Türken erwartet worden. Diese hatten jedoch, nachdem sie protestirend gegen einzelne Abmachungen bezüglich Rumeliens und des Einmarsches der Oesterreicher in Bosnien aufgetreten waren, ihren Widerspruch aufgegeben und sich lediglich zustimmend verhalten. Wenn man hier und da behauptet, die Zuerkennung der Türkei habe in letzter Zeit sich vermehrt, und die Besitzergreifung Cyperns durch die Engländer hätte sie mit besonderer Genugthuung erfüllt, so sind solche Angaben doch lediglich auf persönliche Empfindungen zurückzuführen. Die Türken haben vor wie nach eine ersichtlich gedrückte Stimmung gezeigt, wenn sie sich auch mannhaft in ihr Schicksal ergeben. In diplomatischen Kreisen will man nicht aufhören, in der Gestaltung der Cypernsfrage keine neuer Verwickelungen zu erblicken. — Man hofft übrigens übermorgen zum offiziellen Schluß des Congresses schreiten zu können, falls irgend der Abschluß der Arbeiten der Redactions-Commission ermöglicht werden kann. Diese letztere hat unter dem sehr umfänglichen Vorbehalt des Fürsten Hohenlohe eine ganz enorme Thätigkeit zu entfalten gehabt. Wie man hört, soll dem Fürsten Bismarck in der letzten Sitzung eine besondere Ovation als Ausdruck des Dankes für die Leitung der Geschäfte wahrscheinlich durch den Grafen Andrassy dargebracht werden. Ferner spricht man davon, daß bei dem Galadiner im königlichen Schlosse einer der Bevollmächtigten die Erlaubnis nachsuchen wird, den Paß auszubringen; auch hier wird der Name des Grafen Andrassy genannt. — Heute findet bei dem italienischen Volschaffter Grafen de Launay eine Solenne und morgen bei dem englischen Volschaffter Lord Dbo Russell ein Diner statt. — Die militärischen Mitglieder des Congresses werden morgen Vormittag unter Führung des Oberstleutnant Blume aus dem Kriegsministerium die Besichtigung hiesiger neuer Kasernen, so jener des Kaiser-Franz-Regiments, des 2. Garde-Dragoner-Regiments, sowie des neuen Garnison-Lazareths in Tempelhof vornehmen. — Nach dem Schluß des Congresses wird auf dem ganzen Gebiete der Thätigkeit, welche derselben gewidmet war, zunächst Ruhe eintreten, die Fortsetzung der Arbeiten nach einiger Zeit den Local-Commissionen zufallen. Die europäische Konferenz, welche unter dem Vorbehalt des Fürsten Hohenlohe mit der Ausführung einer Anzahl von Congressbeschlüssen befaßt worden, wird erst im Herbst zusammentreten, da sich ihre Beratungen an die Arbeiten der erwähnten Localcommissionen anschließen haben. Es ist bereits mitgeteilt, daß die sogenannte griechische Frage auch durch die Konferenz in weitere Stadien geleitet werden soll. Es wird also die Regelung derselben sich wohl noch verzögern. Man ist indessen schon jetzt darauf vorbereitet, nach dieser Richtung hin im Wesentlichen kaum mehr als eine autonome Verwaltung der griechischen Provinzen der Türkei erreicht zu sehen. — Seine Majestät der Kaiser wird in der nächsten Woche schon nach Babelsberg übersiedeln. Für weitere Reisen bleiben die Insel Mainau und Gastein in Aussicht genommen. Der Kaiser will indessen am 22. August zurückkehren, da am 27. August die Vermählung der Prinzessin Marie mit dem Prinzen Heinrich der Niederlande stattfindet.

△ Berlin, 11. Juli. [Der Proceß Hödel] hat die Erwartungen derer, welche besondere Enthüllungen erwarteten, nicht befriedigt. Die Anklage hat sich bemüht, die besonderen Beziehungen des Verbrechers zu den „Anarchisten“ in den Vordergrund zu stellen, gleich als ob dies eine in Deutschland vorhandene bekannte Secte wäre; dahingegen sind die näheren Beziehungen Hödels zu der christlich-socialen Arbeiterpartei des Pastor Stöcker und zu diesem und seinen vormaligen socialdemokratischen Helfern Grüneberg und Genossen nicht weiter berührt. Und doch läßt sich nach Beendigung der Verhandlungen kaum annehmen, daß die einen Beziehungen für den Proceß wichtiger gewesen seien, als die anderen. Hödel, der „Anarchist“, der ausgesprochene Socialdemokrat, das Mitglied der christlich-socialen Arbeiter-Partei und der Colporteur des „Staats-Socialisten“, war immer ein und derselbe Lump, dem alles nur Geschäft war. Daß wirklicher Fanatismus ihn verführt habe, dem Deutschen Kaiser nach dem Leben zu trachten, erscheint psychologisch undenkbar; dieser verwerfliche nichtsnutzige Streich war unsäglich, eine Ueberzeugung zu hegen und sie so in sich aufzunehmen, daß er dafür sein eigenes Leben zu opfern bereit war. In Allem, was über ihn und seinen Lebenslauf ermittelt ist, kommt auch nicht eine Thatfache vor, die in Jemandem das Gefühl des Mitleides, der Theilnahme erwecken könnte. Bei aller Sucht, ein berühmter Mann zu werden, bei aller Frechheit im Auftreten, hat er nicht einmal das Bewußtsein, daß sein Leugnen ihm den letzten Schimmer des Selbstpacten entzieht. Nur Eitel über solchen Abschaum der Menschheit ist das Gefühl, welches er erregt. Allein welche Lehren für den Gesetzgeber giebt der Proceß Hödel? welche Mittel hat der Staat, hat die Gesellschaft zu verhindern, daß künftighin Kinder in 21 Lebensjahren zu solchen Subjecten werden? Welche Mittel hätten in früheren Lebensjahren an diesem Max Hödel angewendet werden können, um aus ihm statt des „Attentäter“ Sr. Majestät des Deutschen Kaisers“ ein brauchbares Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden zu lassen? Diese Fragen sind wahrlich wohl berechtigt, nachdem die Ablehnung des in Folge des Hödelschen Attentats vorgelegten Socialistengesetzes den

vermeintlichen Grund abgegeben hat, den Reichstag aufzulösen. Eine Antwort auf jene Fragen kann man von Liberalen nicht verlangen; aber den conservativen Wahlcandidaten, deren Programme so klug über die Nothwendigkeit von Ausnahme-gesetzen gegen Socialdemokraten zu reden wissen, mag man sie vorlegen. Die „Provinzial-Correspondenz“ scheint besorgt zu werden, daß die Reichstagsauflösung den beabsichtigten Zweck nicht erreichen werde. Ihr letzter großer Artikel über „Praktische und idealistische Politik“ gipfelt in wehmüthigen Betrachtungen darüber, daß die national-liberale Partei sich von der Verbindung mit der bösen Fortschrittspartei nicht loszurennen wolle. Dieser Röhren fängt nicht mehr, da bis auf wenige Wahlkreise überall im Deutschen Reiche ein Zusammengehen derjenigen national-liberalen Wähler, die noch an dem Wahlausruf der Partei-vorlieber festhalten, mit den deutschen Fortschrittspartei gehörigen Wählern gesichert ist.

[Das liberale Wahlbündniß.] Der „N.-A.“ schreibt: Als ein unanfechtbarer Wille gegen viel weißes und beleuchtetes Widerstreben entschied, daß der Reichstag aufgelöst werden solle, um die national-liberale Fraktion für ihr Verhalten gegen das Socialistengesetz und gegen das Tabakmonopol zu strafen, da war dem Wahlkampf sein Gepräge ein für allemal aufgedrückt. Denn nun ging die Hege im Einzelnen los, wie zeitwidrig und unangenehm sie einzelnen Regierungsmitgliedern immer sein mochte. Die freiconservative Partei sah sich so gewaltsam mit der streitenden Front nach links hin gedrückt, daß sie es nicht einmal mehr zu merken schien, wie der deutsch-conservative oder christlich-social Bruder in ihrem Rücken auf ihre Kosten zu werben und zu wählen anfang. Was helfen gemäßigste Weisungen an die Ober-Präsidenten! Die conservativen Landräthe gingen alsbald auf eigene Faust im Sturm vor, gebet wie sie sich fühlen nicht bloß durch das, was sie tagtäglich in der „Nordd. Allg. Zeitung“, sondern auch durch das, was sie wenigstens Anfangs in der „Post“ und ebendort durch schnittlich eine um die andere Woche in der am höchsten beglaubigten „Provinzial-Correspondenz“ lasen. Angesichts dieser plötzlichen, wiewohl psychologisch nicht unerwarteten Wendung mußte die national-liberale Partei bereits zu einem sehr wenig heroischen, zu einem geradezu vaterlandsverrätherischen Selbstmord aufgelegt gewesen sein, hätte sie nicht versuchen wollen, mit der Fortschrittspartei neue Fühlung zu gewinnen. Man versucht allerdings, aus der Stellung zur Socialdemokratie einen radicalen Unterschied zwischen den beiden liberalen Fraktionen herauszuklauben, und diesen zu dem beherrschenden Gesetz der Stunde aufzubohren. Aber wir erinnern uns doch, daß der Fortschrittspartei ein Mann wie Schulze-Delitzsch angehört und daß selbst der Abgeordnete Eugen Richter von allen parlamentarischen Politikern sich den gläubigsten Haß bei den Socialdemokraten verdient hat; während in den conservativen Reihen vor unserm Gedächtnis der vielfach Name Wagners auftaucht. Deshalb verzweifeln wir nicht so schnell daran, daß die Fortschrittspartei mithilfe, wenn es der staatszerstörenden socialdemokratischen Agitation an Leben geht, und sind jedenfalls ganz sicher, daß sie sich niemals auf deren Seite schlägt. Ueber die Erregung des Augenblicks blicken wir hinaus auf den nachhaltigen Schaden, den eine conservative Meßbarkeit, nicht eine liberale, dem Verfassungsrecht und der Steuertheilung in Preußen und Deutschland zufügen könnte.

[In fremden Nestern.] Die nat.-lib. „Tribüne“ schreibt: Daß dem wahrhaft zügellosen Loben der conservativen Mandatsjagd die ersten Symptome der Ermüdung sich schon vor dem Hali einstellen, kann nicht überraschen. Hat man doch in der wilden Hege der vergangenen Tage wie jener verblendete Reiter hinter dem Schattenspiegel des Glüdes her, nur die bereichernden Ziele im Auge gehabt, ohne dessen zu achten, was von den drohenden Hufritten dieser Agitation zertreten wird, ohne zu sehen, daß man die Sache, die man zu retten vorgibt, an den Rand des Unterganges bringt. Es ist das erste Zeichen der Ermüdung, wenn die „Nordd. Allg. Z.“, die geübteste Geschäftsführerin maßgebender Kreise, in ihrer neuesten Nummer klagend belennt:

„Wie die Aussichten der Wahlbewegung heute stehen, würde es uns gar nicht befremden, wenn die Socialdemokraten im nächsten Reichstage in doppelter Anzahl als bisher anrücken: unser „liberales“ Bürgerthum hat zunächst an der Regierung und namentlich an dem Reichstagsler herumzudröckeln und dann sich der eigenen Geschicklichkeit, die dem Reiche das Dasein gegeben, zu freuen — eine Disposition, welche die Socialdemokraten mit wahrhaft diabolischer Klugheit zu nützen wissen.“

Wenn man die leitenden Kräfte der socialdemokratischen Partei selbst befragen wollte, welche gegnerische Disposition ihnen behaglicher ist: die der zusammenstreichenden liberalen Parteien, oder die der conservativen Fesselungspolitik, so würde die Antwort den Interpreten der „Nordd. Allg. Z.“ schwerlich ein Zeugnis des Scharfsinns ausstellen. Doch was bedeutet Talent und formale Begabung in einem Kampfe wie diesem! Den Wähler einzufachern, ihn mit Phrasen zu verwirren, die Lüge mit Lournure zur Schau zu tragen, wie der Spieler seine falschen Diamanten, — das ist Comment im conservativen Lager, das macht auch jedes Wort der Selbsterleuchtung überflüssig, wenn ein Blatt, wie die „Nordd. Allg. Z.“, die steigenden Chancen der Socialdemokraten dem überwiegen einigen deutschen Bürgerthum ausföhrt, oder wenn dasselbe Blatt, wie es geschieht, zum dritten Male einem wahrheitswidrigen Bericht über Aeußerungen des Dr. Lasker Raum gewährt. Wohin wir blicken, stoßen wir auf Erscheinungen, die diese Mandatsjagd der Conservativen in erster und gefahrvoller Zeit dem deutschen Volke in bleibender Erinnerung halten werden. Daß unter conservativer Flagge preussischen Zuschnitts die Bevölkerung im großen Deutschland nicht zu sammeln ist, hat man bald begriffen; der hannoversche, sächsische, bairische Conservatismus hat, wenn schon einmal „conservativ“ gewählt werden soll, im eigenen Lande schließlich doch wohl noch besseren Klang, als der preussische. Es war darum mit klugem Bedacht gehandelt, als im Centrum der conservativen Wahlmacherei der Plan entworfen wurde, die eigenen Eier in ein fremdes Nest zu legen, um in der national-liberalen Partei einen Schlupfwinkel für reactionäre Interessen zu suchen. Dieser Gedanke fand Form durch die von dem Gros der parlamentarischen Partei sich trennenden wenigen Mitglieder derselben, für deren Aufzählung es kaum der Finger heiser Hände bedarf. Die offene Lossetzung dieser Männer von dem Programme der Partei suchte man zu hinter-treiben, um des Scheiterns der liberalen Firma nicht verlustig zu gehen, wie wohl es keinem Menschen gelingen wird, zwischen den Auf-fassungen beispielsweise des Herrn v. Treitschke und denen einer unbedingt auobernemenentalen Partei, wie die freiconservative, auch nur den leisesten Unterschied zu finden. Um ein Wort für dies auf schlecht verhehlte Täuschung berechnete Verfahren war man nicht verlegen. Nicht die Hundert alter liberaler Abgeordneter des Reichstags, sondern die abgeschwommenen Axt bis zehn repräsentativen die Gesinnungen des deutschen Bürgerthums! Wer das nicht glauben will, hat sich offenbar von dem verwerflichen aller parlamentarischen Laster, vom — Fraktionsterrorismus noch nicht los gemacht. Das ist das Wort. Mit vergnügtem Händereiben steht die compact geschlossene Socialdemokratie, deren einzige Macht in der Disciplin beruht, den Anstiftern dieser Meuterei im großen liberalen Lager gegenüber. Mit jedem Gegenkandidaten unter der Fahne dieses Schlagwortes wird es lichter um sie her.

[Academische Disciplin.] In Betreff der weiteren Handhabung der akademischen Disciplin durch Rector und Senat der Landesuniversitäten sind bereits im Cultusministerium die erforderlichen Vorarbeiten auf Grund der von den Universitäten eingehenden Gutachten ausgeführt worden. Es ist die Erhebung des Universitätsrichters durch einen Universitäts-Syndicus mit Disciplinar-gewalt in Vorschlag gebracht worden, da die eigen-thümliche Disciplin, welche den Universitäten nicht genommen werden dürfte, wenn sie ihre bish-ige Aufgabe auch fernerhin erfüllen sollen. Dem sächsischen Landtage war bereits im October v. J. ein diesbezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt worden, in dessen Motiven es hieß: „Es ist klar, daß eine

im Geiste der Unversität wirkende Disziplinargewalt nur von ihr selbst gehandhabt werden kann und daß die im deutschen Kulturleben bei uns so hoch gebaltene Eigenartigkeit ihres Wesens völlig aufgehoben würde, wenn sie ohne selbstständigen Einfluß auf die ständige Haltung der Studierenden zuwarfen müßte, bis eine fremde Behörde ihre inneren Lebensbedürfnisse befriedigt."

[Christlich-social Agitation.] Die jetzt in den ersten sieben Nummern vorliegende „Deutsche Volkswacht“, das Organ der christlich-socialen Arbeiterpartei des Herrn Stöcker und Genossen, erinnert lebhaft an jene bekannte Geschichte von dem kleinen Herrn „Gernegroß.“ In Ermangelung eines anderen Haltes sucht sich das Blatt an die Reichstags- und Reichstags-Reformen an, welche der Herr Reichstagskanzler plant, eingeweiht zu sein. Wir erfahren aus einem Leitartikel unter der geistvollen Ueberschrift: „Ausnahmestrukturen, aber nicht ohne starke Reformen.“ — Starke Reformen, aber nicht ohne Ausnahmestrukturen, daß die Regierung durch die beschriebenen Ausnahmestrukturen gegen die Socialdemokratie nur freie Bahn schaffen will, um demnachst das Programm der christlich-socialen Arbeiterpartei durchzuführen und dadurch mit einem Schläge die verführten Arbeitermassen, welche jetzt hinter der Socialdemokratie stehen, zu dankerfüllten Anhängern der Regierung zu machen. Natürlich wird dann Herr Stöcker Cultus- und Herr Grünberg Arbeitsminister, mit deren Hilfe der Reichstagskanzler, der „in der Pariser Communebewegung mit richtigem historischen Blick den gesunden Kern entdeckt hat“, die ruhenden Hände unserer Arbeiter wieder in Thätigkeit setzen, die Macht des Capitals beschneiden, die ärmeren Klassen heben und von drückender Last befreien wird. Kurzum, es ist zwischen dem Fürsten Reichstagskanzler und Herrn Stöcker schon Alles richtig gemacht, und mer den ersten in seinen Reformplänen unterstützen will, der braucht nur die Candidaten der christlich-socialen Arbeiterpartei und vor Allem den Hopsprenger Stöcker zu wählen. So steht es wirklich in Nr. 6 der „Deutschen Volkswacht“ zu lesen. „Dieser Unsinn“ ist doch wohl nicht so ganz „ohne Vorbode“, wie Herr Stadtrath Zelle in seiner Wahlrede gemeint hat. Methode ist jedenfalls in der grundsätzlichen Beschimpfung des Liberalismus, der den wirtschaftlichen Nothstand allein geschaffen haben soll und dessen Wirtschaftspolitik darin besteht, „die Herren vom Geldsack, die Barone der Börse und des Waarenhandels, die Juden und Juden-Genossen“ in den Stand zu setzen, die deutschen Arbeiter und Handwerker auszuplündern, „den jüdischen Handelsbaronen aber die schon gestopften Taschen bis zum Hals zu füllen.“ — Gegen „die Juden“ zu bekämpfen, das scheint eine Hauptaufgabe zu sein, die das „christlich-social“ Organ sich gestellt hat. Giebt doch selbst ein Diner beim Baron von Bleichröder, zu welchem die Mitglieder des Congresses eine Einladung angenommen haben, einen willkommenen Anlaß, den Gastgeber als „ein Mitglied der goldenen Internationale“ zu verhöhnen. — Bis jetzt, sagt die „Volkswacht“, vermögen wir zwischen dem Lobe, den das christlich-social Blatt in seinem Hase wider die Reichen und Besitzenden anschlägt und dem der socialdemokratischen Presse einen Unterschied nicht zu entdecken und wir haben keinen Grund, den Fürsten Reichstagskanzler um die sich ihm hier ausbreitende Bundesgenossenschaft zu beneiden.

[Vom Attentat auf Nobiling.] Die sensationelle Nachricht über den gebrachten Beweis einer Theilnehmerschaft des Dr. Karl Nobiling mit den russischen Militärs scheint in Nichts zu zerfallen. Allerdings sollen Verbindungen der Nobilingen mit Deutschen und speziell Berlinern, bestehen, der Meuchelmörder Nobiling aber mit dieser Umlurypartei nicht in Verbindung gestanden haben. Man glaubt, daß noch in dieser Woche mit den weiteren Vernehmungen des Dr. Nobiling vorgegangen werden kann.

Frankfurt, 10. Juli. [Der Brand des Stadttheaters.] Der heute Abend im hiesigen Stadttheater ausgebrochene Brand wurde um sieben Uhr mit großer Anstrengung bewältigt. Es war Windstille, die Feuerwehr war rasch bei der Hand und die Löscheinrichtung, so wie die Wasserleitung bewährten sich aufs Beste. Es wurde fast nur aus den Hydranten direct Wasser gegeben. Das Feuer brach beim Anblenden des Kronleuchters auf dem Dachboden aus in Folge einer defecten Röhre. Bald stand der ganze Boden in Flammen, die weithin sichtbar waren. Auf dem Theaterplatz stand die „Münchener“, die heute Abend von den Meinungen zum ersten Male gegeben werden sollte. Galerie und Parterre waren bereits gefüllt als das Feuer ausbrach und im Zwischenraum gemeldet wurde. Die Entleerung ging ruhig und sicher vor sich; einige Damen, die in Ohnmacht fielen, mußten weggetragen werden. Das Innere des Theaters ist unversehrt geblieben, nur sind die Räume stark unter Wasser gesetzt. Die Garderobe ist durch Hinabwerfen gerettet worden; die Meinungen haben, so viel bis jetzt bekannt, keine Verluste erlitten. In der Stadt herrschte eine große Aufregung, da viele Familienmitglieder schon zum Theater abgegangen waren. Glücklicher Weise verbreitete sich bald die Gewißheit, daß alle Menschenleben gerettet werden konnten. Der Schaden am Gebäude ist geringer, als man im Augenblick befürchten mußte; man glaubt, daß in einigen Monaten die Räume zum Spielen wieder hergerichtet sein können. — Die „Fr. Ztg.“ erzählt noch folgende Details: Die Meinungen Schauspieler waren bereits im Costüm, als der Brand bekannt wurde. Im Nu waren alle Hände geschäftig, die Requisiten, die zum großen Theil sehr werthvoll sind, hinauszufahren. Alle Mitglieder, die Damen mit besonderem Eifer, legten Hand an und so gelang es, einen großen Theil der Sachen in der Zeit, da noch Gefahr war, daß das Innere des Gebäudes von den Flammen erreicht werde, zu bergen. Dieselben sind im Neubau der Börse untergebracht. Das Publikum zeigte bei Räumung des Hauses eine musterhafte Haltung; man wollte drinnen, da man weder Feuer noch Rauch sah, Anfangs gar nicht an den Brand glauben. Großes Lob verdient die Feuerwehr; der Umsicht und Energie, mit der die Leiter derselben zu Werke gingen, ist es zu danken, daß das Feuer auf den Dachboden über dem Zuschauerraum beschränkt geblieben ist. Der Kronleuchter stürzte kurz vor sieben Uhr von der Höhe herab in den Parquetraum, wo er sich tief eingrub. Sonst hat das Innere durch den Brand keinen Schaden gelitten, doch stand nach Bewältigung des Feuers das Wasser hoch im Zuschauerraum. Die Bühne ist fast ganz unversehrt geblieben. Die Theilnahme des Publikums war eine allgemeine, zahlreiche Personen weinten, als sie das „liebe alte Haus“ in Flammen sahen; war es doch wieder ein Stück Alt-Frankfurt, was da vor ihren Augen zu Grunde zu gehen drohte.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. [Die reactionären Organe über die republikanischen Wahlsiege.] — „Region des heiligen Moritz.“ — Rousseau-Feier. Die Gegner der Republik können sich nicht mehr verhehlen, daß sie im Lande den Credit verloren haben und daß die Zukunft, wenigstens die nächste Zukunft, den Republikanern gehört. Sie geben sich also in ihren Blättern nicht die unnötige Mühe, den Wahlsieg dieser Republikaner zu bestreiten und sie begnügen sich damit, zu prophezeien, daß unter dem neuen demokratischen Element Frankreich dem größten Unglück und einem schnellen Verfall entgegengehe. Die Republikaner, sagen sie, haben es zwar verstanden, die Gewalt in ihre Hände zu bringen, aber sie werden nicht zu regieren wissen, sie werden ihren eigenen Zwistigkeiten zum Opfer fallen. Die „République Française“ erwähnt heute ihre Parteigenossen, diese Prophezeiung durch eine kluge Haltung zu Schanden zu machen. „Wir haben, bemerkt sie unter Anderem, so lange Standhaft gegen so viele Hindernisse und Gefahren angekämpft; sagen wir uns, daß das Glück oft schwerer zu ertragen ist, als das Unglück. Schließen wir uns an, gut zu arbeiten. Unsere Erfolge legen uns große Pflichten und eine schwere Verantwortlichkeit auf. Was wollten wir in der Zeit, wo wir als Minderheit die Regierung des Landes durch das Land, d. h. die Republik verlangten? Wir wollten unsere Angelegenheiten selbst verwalten, wir wollten uns der providentiellen Retter, der schützenden Aristokratie der leitenden Klassen entschlagen. Aber wir haben nie daran gedacht, auf jenen besonnenen und festen Regierungsgestirnt zu verzichten, welcher es besteht, aus der Freiheit die stärkste Bürgschaft der Ordnung und aus der Ordnung ein allmächtiges Werkzeug socialer Thätigkeit und öffentlichen Wohlstandes zu machen. Ja, die Demokratie verlangte die Regierung, welche bisher dazu gedient hat, sie zu unterdrücken, aber sie verlangt dieselbe, um sie im Interesse der Nation auszuüben. Nachdem wir gesiegt haben, suchen wir den Sieg zu benutzen. Es bleiben viele Reformen in der Gesamtheit und in den Einzelheiten der großen politischen Gesellschaft, welche die unsrige ist und deren Angelegenheiten wir künftig leiten werden, zu vollziehen. In dem Werke dieser Reformen, einem langen ohne Unterlaß zu verfolgenden und zu erneuerndem Werke müssen wir denselben

Geist der Eintracht, dieselbe kluge, lässige Verständnis der Situationen und der Menschen zeigen, welche in allen unseren Wahlen hervorgetreten sind. — F. Sartre, macht heute in dem „XIX. Siècle“ eine interessante, obwohl nicht sehr überraschende Enthüllung. Er erzählt nämlich von den Statuten einer religiösen Gesellschaft, die unter dem Namen „Legion des heil. Moritz“ in der Armece existirt. Der Vorsitzende dieser Legion muß nach dem Artikel 2 ein Priester sein oder in Ermangelung desselben ein Ordensbruder, ein christlicher Offizier oder ein Mitglied der Conferenzen vom heiligen Vincent von Paul. Innerhalb der Legion haben, so viel aus den Statuten zu entnehmen ist, die Mitglieder, Offiziere oder Soldaten, keinen andern Vorgesetzten anzuerkennen als ihren geistlichen Vorstand. Es werden in den Statuten sehr umständliche Vorschriften für die Propaganda ertheilt. Die Legion hält 4 Generalversammlungen jährlich, am 1. Sonntag des Advent, am 1. Sonntag der Fasten, am St. Michael und um St. Moritz. Die Mitglieder müssen täglich 5 Vater Unser und 5 Ave's für die Kirche und für Frankreich und für die Bekehrung der Cameraden beten. Sie müssen so oft als möglich, aber mindestens 4 Mal communiciren, zu Ostern, zu St. Michael, zu St. Moritz und zu Weihnachten. Außerdem verlangt man von ihnen Theilnahme an den Pilgersfahrten, Processionen, fromme Lectüre, milde Beiträge u. s. w. Es wäre interessant zu wissen, wie viel Mitglieder diese Legion vom heiligen Moritz etwa zählen mag und ob sie vom Kriegsminister autorisirt ist. Der Ministerratß versammelt sich heute, um über die Angelegenheit von Marseille zu beraten. Es ist durchaus nicht wahrscheinlich, daß er dem Wunsche des dortigen Gemeinderaths nach Entfernung der dortigen Statue des Bischofs Belzunce Folge geben wird. — Wie angekündigt, werden die Verehrer Rousseau's ihre Feier für den 14. Juli veranstalten. Es wird, wie bei der Voltairfeier, eine Versammlung im amerikanischen Circus stattfinden, mit Reden von Louis Blanc, Marcère u. und Aufführung einiger musikalischer Compositionen Rousseau's. Wie es heißt, hat Louis Blanc die Minister de Marcère und Bardoux, sowie Gambetta zu dieser Feier einladen lassen, hat aber von allen eine ablehnende Antwort erhalten.

Großbritannien.

[Amtlicher Schriftwechsel, betreffend die englisch-türkische Convention vom 4. Juni.] (Fortsetzung.) Conventio eines Schutzbündnisses zwischen Großbritannien und der Türkei, gezeichnet den 4. Juni 1878.

Ihre Majestät die Königin der vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, und Se. Kaiserliche Majestät der Sultan, beiderseits von dem aufrichtigen Wunsche befehle, die Verhältnisse der Freundschaft, welche glücklicherweise zwischen ihren beiden Reichen bestehen, auszuheben und zu kräftigen, haben den Abschluß einer Convention eines Schutzbündnisses beschlossen, um für die Zukunft die Gebietsheile Se. Kaiserlichen Majestät des Sultans in Asien sicherzustellen. Ihre Majestäten haben demgemäß als ihre Bevollmächtigten ernannt — Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, den sehr ehrenwerthen Lord Henry Campbell, Ihrer Majestät außerordentlichen Botschafter und bevollmächtigten Minister bei der hohen Pforte, und Se. Kaiserliche Majestät der Sultan Se. Excellenz Sabet Pascha, Se. Kaiserlichen Majestät Minister für auswärtige Angelegenheiten, welche (die Bevollmächtigten) nach Austausch ihrer Vollmachten, die in richtiger und guter Fassung befunden wurden, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Wenn Batum, Ardahan oder Kars oder irgend einer dieser Punkte von Rußland zurückbehalten wird und dann zu irgend welcher zukünftigen Zeit ein Versuch von Seiten Rußlands gemacht werden sollte, von weiteren Gebietsheilen Se. Kaiserlichen Majestät des Sultans in Asien, als sie durch den endgültigen Friedensvertrag festgesetzt worden sind, Besitz zu ergreifen, so verpflichtet sich England, Se. Kaiserlichen Majestät dem Sultan bei der Vertheidigung derselben mit Waffengewalt beizustehen. Andererseits leistet Se. Kaiserliche Majestät der Sultan England das Versprechen, notwendige Reformen, worüber die beiden Mächte sich später zu einigen haben, in die Regierung und zu dem Schutze der christlichen und anderen Unterthanen der Pforte in jenen Ländern einzuführen, und zu dem Zwecke, um England in den Stand zu setzen, die zur Ausführung seiner Verpflichtung nöthigen Vorkehrungen zu treffen, verpflichtet sich Se. Kaiserliche Majestät der Sultan weiter dazu, die Insel Cypren England zur Besetzung und Verwaltung zu überlassen.

Art. 2. Gegenwärtige Convention soll ratificirt und die Ratificationen sollen innerhalb eines Monats oder wenn möglich früher ausgewechselt werden. Zum Zeugnis hierfür haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieselben unterzeichnet und ihr Wappentiegel darunter gesetzt. Gegeben zu Konstantinopel den 4. Juni im Jahre 1878.

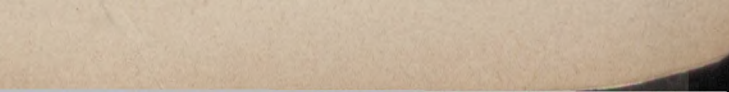
A. H. Layard. Sabet. Sir A. H. Layard an den Marquis von Salisbury. Thrapia, 1. Juli 1878.

My Lord; Ich habe die Ehre, das Original des Anhangs zu der zwischen England und der Türkei abgeschlossenen Convention beizugehen der Insel Cypren durch England nach heute durch den Großvezier und mich erfolgter Unterzeichnung beizulegen. Ein Lordschaf werden ersuchen, daß ich die Änderungen in den Artikeln 3 und 4, wie Ein Lordschaf mich angewiesen gemacht habe, um dem vorzulegen, daß die Pforte auf Grund des Art. 3 als durchschnitliche Staatseinkünfte den Vordereitrag beanspruchen könnte, welchen sie, wie in Art. 4 bemerkt, verpackt oder verkauft habe. Der Großvezier bestand darauf, in Art. 3 den Betrag des Ueberschusses des Staatseinkommens über die Ausgaben einzufügen; inbezug ist vorgelegen, daß die genannte Summe in der Folge vermindert werden kann. Der Artikel, welcher anführt, daß die Türkei im Falle der Räumung der Insel nicht gehalten sein soll, für Reparationen und dergleichen Ersatz zu leisten, wurde aus dem Anhang fortgelassen auf die meinerseits ertheilte Versicherung an den Großvezier, daß Ein Lordschaf einen revidirten Artikel, in dem Sinne, wie er von Er. Hoheit gewünscht werde, entwerfen lassen werden.

Ich bin u. s. w. A. H. Layard. Anhang zu der Convention eines Schutzbündnisses zwischen Großbritannien und der Türkei, gezeichnet den 4. Juni 1878. Der sehr ehrenwerthe Sir A. H. Layard, Großkreuz des Bathordens, und Se. Hoheit Sabet Pascha, gegenwärtig Großvezier Se. Majestät des Sultans, haben folgenden Anhang zu der von ihnen als Bevollmächtigte ihrer beziehentlichen Regierungen am 4. Juni 1878 unterzeichneten Convention ihre Zustimmung ertheilt: Es wird zwischen den beiden Vertragsmächten vorgelegt, daß England folgenden Bedingungen, betreffend die Besetzung und Verwaltung der Insel Cypren zustimmt: 1) daß ein muslimännisches religiöses Tribunal (Mekleme in Sheri) auf der Insel fortbestehen soll, welches sich ausschließlich mit religiösen Sachen und mit keinen andern, welche die muslimännische Bevölkerung der Insel betreffen, befassen soll; 2) daß ein muslimännischer Resident seitens des durch das Amt für fromme Stiftungen in der Türkei (Wakaf) ernannt werden soll, welcher im Verein mit einem von der britischen Behörde zu ernennenden Delegaten die Verwaltung des Vermögens, der Fonds und der Ländereien zu überwachen haben wird, welcher Moscheen, Begräbnisplätze, muslimännische Schulen und andere religiöse Institute auf Cypren zu eigen gehören; 3) daß England der Pforte die Summe bezahlt, welche gegenwärtig den Ueberschuß der Staatseinkünfte über die Ausgaben der Insel darstellt; dieser Ueberschuß soll auf Grund des Durchschnitts der letzten fünf Jahre berechnet und danach bestimmt werden und wird vorläufig auf 22,936 Beutel (2,060,800 M.) angegeben mit dem Vorbehalt späterer Prüfung und mit Ausschluß der Domänen und Kronländer, welche während jenes Zeitabschnittes verpackt oder verkauft wurden; 4) daß ein Hof der hohen Pforte freistehen soll, nach Belieben Ländereien und andern Besitz in Cypren, welcher der osmanischen Krone und dem Staat (Mevkii Miriye ve Emali Humayun) gehört und dessen Ertrag keinen Theil der unter Artikel 2 angelegenen Einkünfte der Insel bildet, zu verkaufen oder zu verpacken; 5) daß die englische Regierung ermächtigt sein soll, durch ihre zuständigen Behörden auf dem Zwangswege gegen billige Entschädigung Grund und Boden zu erwerben, welcher zu öffentlichen Verbesserungen oder zu andern öffentlichen Zwecken gebraucht wird, und eben so unbebautes Land; 6) daß, sofern Rußland Kars und die übrigen von ihm in Armenien während des letzten Krieges gemachten Eroberungen an die Türkei zurückgibt, die Insel Cypren von England geräumt wird und die Convention vom 4. Juni 1878 aufhört. Gegeben zu Konstantinopel am 1. Juli 1878. A. H. Layard. Sabet.

Provinzial-Beitung.

H. Breslau, 12. Juli. [Verein der Conservativen aller Schattirungen im Breslau-Neumarkter Landkreise.] Die gestern Mittag in den Saal des Hotel de Silesie einberufene Versammlung der Conservativen aller Schattirungen im Breslau-Neumarkter Wahlkreise war nur schwach besucht. Wir zählten 36 Personen. Der Vorsitzende des Vereins, Kammerherr von Stöcker-Madach, eröffnete die Versammlung, nachdem er nochmals seinen Dank für die Aufstellung seiner Person als Reichstags-Candidaten ausgesprochen, mit einem kurzen Bericht über die Sachlage im Wahlkreise. Nachdem Redner gezwungen worden, sein in der letzten Versammlung vom 18. Juni gegebenes Wort, gegenüber einer eventuellen Candidatur des Herzogs von Ratibor zurückzutreten, einzulösen, ist, wie Redner fortsetzt, der Vorstand am 3. Juli zur Beratung über eine neue Candidatur zusammengetreten. Es waren bei dieser Beratung zwei Fälle möglich, entweder wurde an meiner (von Stöcker's) Stelle ein neuer Candidat, oder der Herzog von Ratibor aufgestellt. Der erste Fall hatte etwas Verführerisches, nämlich einmal eine Messung der conservativen Kräfte zu versuchen. Der Vorstand hat dieser Versuchung widerstanden, indem er von der Ueberzeugung durchdrungen gewesen, daß die conservative Partei in so schweren Zeiten keinen Fraktions-Bestreben huldigen, keinen doctrinären Standpunkt einnehmen dürfe, sondern in Liebe und Treue zu Kaiser und Reich handeln müsse. Wir wollen einen Mann, der fest und treu zu Kaiser und Reich steht, der gewillt ist, die Regierung in allen Maßregeln zu unterstützen, nicht nur gegen die Socialdemokratie, sondern der auf gleichem Boden die Hand bietet, das Wohl des Volkes zu fördern, einen Mann, der Religion und Sitte in Familie und Haus wieder einzubürgern befreit ist. Ein solcher Mann ist der Herzog von Ratibor, wie wir uns am 3. Juli in persönlicher Unterhaltung mit dem Herzog von Ratibor davon überzeugt haben. Da nun auch die liberalen Herren an der Candidatur des Herzogs von Ratibor ausgeprochen haben, so lag der Grund hierzu sehr nahe. Trotzdem ist über diesen unsern letzten Beschluß von gegnerischer Seite viel Staub aufgewirbelt und zum Theil eine boshafte und hässliche Kritik geübt worden. Nachdem es uns seit Jahren nicht gelungen war, mit dem Herzog v. Ratibor dadurch in Contact zu kommen, daß er sich seinen Wählern vorstellte, so lag es nahe, einen Mann aufzustellen, der uns bekannt ist. Der Herzog von Ratibor ist ursprünglich aufgestellt worden als Gegencandidat der Ultramontanen, jetzt sind die Verhältnisse andere geworden. Wir wollen Klarheit haben. Von unsern Candidaten wußten wir, daß er auf unserm Programm steht, vom Herzog von Ratibor erhofften wir es nur. Nachdem Herr von Stöcker zu Gunsten des Herzogs zurückgetreten, hat es sich durch vertrauliche Unterredung gezeigt, daß der Herzog von Ratibor im Wesentlichen auf unserm Programm steht. Jetzt geben wir unser Mandat nicht mehr bona fide einem Candidaten, sondern auf Grund seiner Erklärung, daß er eintreten wolle für Verbesserung der Geseze. Redner empfiehlt die Candidatur des Herzogs von Ratibor. — Graf Pinto-Metkau bemerkt, daß die Mitglieder mit Freuden den Beschluß des Vorstandes begrüßt haben. Andererseits freilich habe dieser Beschluß den Nachtheil, daß die heutige Versammlung so schwach besucht sei. Es sei daher daraus nicht der Schluß zu ziehen, daß die große Mehrheit nicht mit dem Beschluß übereinstimme. — Bei der folgenden Abstimmung über die Candidatur des Herzogs von Ratibor wird dieselbe einstimmig gegen die Stimme des Barons von Reichenstein angenommen. — Hierauf theilte Herr v. Stöcker mit, daß der Vorsitzende der liberalen Partei nach den Zeitungsberichten in der letzten Parteiverammlung gekündet habe, die conservative Partei habe den Herzog v. Ratibor deshalb nicht aufgestellt, weil dieser kein Reactionär sei. Zu einer solchen Aeußerung sei der Vorsitzende der liberalen Partei weder auf Grund des Programms der Conservativen, noch auf Grund der Zeitungsberichte der letzten conservativen Parteiverammlung berechtigt. Er (von Stöcker) erkläre diese Aeußerung jedenfalls für eine irrthümliche. Redner interpellirt die Versammlung, was hiergegen zu thun sei. Graf Bethusy-Suc-Canth: Der Ausspruch des Vorsitzenden der liberalen Partei ist mindestens ein unüberlegter und ganz gewiß ein leidenschaftlicher. Jedenfalls spricht sich das Programm der Conservativen nicht reactionär aus. Schon die Benennung des Vereins zeigt, daß wir nicht engberzig sind und nicht Fraktionspolitik treiben. Mit unserm Programm stellen wir uns auf den bestehenden Gesezesboden. Wenn der moderne Staat von der liberalen Strömung geschaffen worden ist, so stehen wir mit den Liberalen auf demselben Boden. Wir wollen nur keine Phantasiepolitik treiben, sondern die Geseze nach Maßgabe der realen Verhältnisse votiren. Im Reichstage ist zu viel speculative, so zu sagen, zu wenig praktische und auf der Erfahrung beruhende geistige Materie vorhanden. Es müssen nicht bloß große Gelehrte, sondern auch praktische Männer gewählt werden, die wir kennen. Trotz der Verdächtigung seitens des Vorsitzenden der liberalen Partei werden wir nicht desto weniger den von der liberalen Partei aufgestellten Candidaten auch aussuchen, um gemeinschaftlich gegen den gemeinsamen Feind anzukämpfen. — Herr v. Woyrsch-Bilsnis bezeichnet die Aeußerung des Vorsitzenden der liberalen Partei als nicht wahrheitsgemäß. — Graf Pinto belobigt das musterhafte Verhalten des Vorsitzenden, dem es zu danken sei, daß die Wahlangelegenheit noch einen guten Verlauf genommen habe. Wenn der Herzog nicht durch einen Mann ersetzt werden kann, bei dem alle Kriterien zutreffen, so würden wir uns eventuell in einen schroffen Gegensatz zu den gegebenen eigenthümlichen Verhältnissen setzen. Es wäre, wie Redner fortsetzt, unter unserer Würde, gegen die Aeußerung des Vorsitzenden der liberalen Partei Protest einzulegen. Lassen wir dies nicht zu einem Differenzpunkte werden. — Mittheiler von Lieres erklärt, mit dem Vordereit nicht übereinstimmen zu können. — Graf Bethusy-Suc: So lange der Vorsitzende der liberalen Partei keine Momente anbebe, die seine Aeußerung rechtfertigen, so lange erkläre er letztere für eine Verdächtigung. — Baron von Richthofen-Carlowsky erklärt sich für Ueberlegung zur Tagesordnung. — Herr Kolbe wünscht die Ertheilung einer Rüge an den Vorsitzenden der liberalen Partei. — Kammerherr v. Stöcker beantragt, es solle dem Vorsitzenden der liberalen Partei mitgetheilt werden, daß, da das Programm der Conservativen, sowie die Verträge über ihre letzte Versammlung ihm keinen Anlaß zu seiner Aeußerung gegeben, der Verein der Conservativen aller Schattirungen des Breslau-Neumarkter Wahlkreises seine Aeußerung als eine Unwahrheit erkläre. — Baron von Richthofen erklärt seinen Austritt aus dem Vorstande, wenn er mit dem Vorsitzenden der liberalen Partei in Correspondenz treten sollte. — Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Ueberlegung zur Tagesordnung abgelehnt, der Antrag des Herrn v. Stöcker dagegen angenommen. — Baron von Richthofen erklärt, sein Mandat behalten zu wollen. — Mit einem großen Hoch auf den Kaiser wird die Versammlung geschlossen. * [Personalien.] Bestätigt: Die Wiederwahl des Apothekers Pfeiffer zum unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Steinau a. D. Befördert: Der bisherige ordentliche Lehrer Dr. Richter zum Oberlehrer bei der Realschule am Zwinger in Breslau. Bestätigt: Die Vocation für den Candidaten des höheren Schulamts Dr. Schente zum ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Waldenburg. Angestellt: Der Trompeter Günther vom 1. Juni c. ab als Schulkammernant. Ernannt: 1) Der Gerichtsassessor Arnold Traumann aus Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Habelschwerdt. 2) Der Gerichtsassessor Heinrich Fränkel zu Breslau zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Rastlau. 3) Die Referendaren Max Weinmann und Friedrich Grell zu Breslau zu Gerichtsassessoren. 4) Die Rechtsbibliothekarien Walter Enn, Wilhelm Roßer, Adolf Schild, Oskar Wandowsky, Paul Hahn, Richard Reiser, Philipp Schöps, zu Breslau, August Kübler zu Nimpsch, Hugo Heidrich zu Bries und Conrad Olbricht zu Dels zu Referendaren. 5) Der Kreisgerichts-Secretair und Depositarenbalt Klapper zu Frankenstein zum Calculator bei dem Kreisgerichte zu Frankenstein. 6) Der Stadtgerichts-Bureauassistent Franz Gröger zu Breslau zum Secretair bei dem Kreisgerichte zu Neidenbach. 7) Der Kreisgerichts-Bureauassistent August Brauner zu Schönau zum Secretair, Gerichtskassen-Controleur und Sporel-Revisor bei dem Kreisgerichte zu Polnisch-Wartenberg. 8) Der Stadtgerichts-Bureauassistent Rudolf Kellner zu Breslau zum Secretair bei dem Kreisgerichte zu Ohlau, mit der Function bei der Gerichtscommission zu Wansen. 9) Der Kreisgerichts-Bureauassistent Robert Wuttke zu Hirschberg zum Secretair bei dem Kreisgerichte zu Wittsch. 10) Der Kreisgerichts-Bureauassistent Eduard Murach zu Hirschberg zum Bureauassistenten bei dem Stadtgerichte zu Breslau. 11) Der Stadtgerichts-Bureauassistent Paul Lebig zu Breslau zum Bureauassistenten bei dem Stadtgerichte zu Wartenberg. 12) Der Kreisgerichts-Bureauassistent Hermann Haad zu Polnisch-Wartenberg zum Bureauassistenten bei dem Kreisgerichte zu Neidenbach. 13) Der Civil-Supernumerarius Julius Kaiser zu Waldenburg zum Bureauassistenten bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg. 14) Der Feldwebel August Jäglitz zum Schweidnitz zum Bureauassistenten bei dem Kreisgerichte zu Trebnitz.

This image shows a blank, aged, light brown paper cover or endpaper of a book. The paper has a textured, slightly mottled appearance with subtle variations in color, ranging from a pale tan to a slightly darker, more yellowish-brown hue. There are no visible markings, text, or illustrations on the surface. The lighting is even, highlighting the natural grain and texture of the paper.